Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3248.

Inserate nimmt die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pfg. pro fünfgespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 281. [38. Jahrgang.] Donnerstag den 1. Dezember 1898. [38. Jahrgang.] Nr. 281.

Berlin, den 30. November.

Politischer Tagesbericht.

Aus London meldet der Telegraph erneut von zwei **Kundgebungen englischer Staatsmänner:**

Der Staatssekretair für die Kolonieen Chamberlain veröffentlicht in der Weihnachtsnummer des „Scribners Magazine" einen Artikel, in welchem er sagt, es könne als Thatsache angesehen werden, daß die Engländer jedes Mittel annehmen zur angelsächsischen Allianz willkommen heißen werden, daß er fast jeden Schritt thun werden in Erwiderung eines amerikanischen Entgegenkommens, und daß sie selbst nicht vor einer Allianz contra mundum zurückschrecken würden in Vertheidigung der Ideale der angelsächsischen Rasse, nämlich: Humanität, Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichberechtigung.

Der erste Lord des Schatzes Arthur Balfour hielt in Bristol eine Rede, in welcher er die Sudanfrage und das kretische Abkommen besprach. In Bezug auf das letztere sagte er, dasselbe eröffne gute Aussichten für die Zukunft des europäischen Friedens, und führte weiter aus, daß, wenn irgend ein fremder Staatsmann des Glaubens sei, Englands Geduld sei unerschöpflich, derselbe einen Fehlschluß mache, von dem er, Balfour, hoffen wolle, daß er diesem Staatsmann nicht durch schmerzliche Erfahrungen zum Bewußtsein gebracht werden möge. Die Interessen aller zivilisirten Staaten erheischen die Ausbreitung guter Verwaltung und Ordnung in allen noch nicht zivilisirten Theilen der Erde. In Gottes Namen möge man Frankreich auf diesem Gebiet in seiner Sphäre vorwärts schreiten und diese große Aufgabe erfüllen lassen, mit England in seiner Sphäre, mit Deutschland in der seinigen oder mit dem König der Belgier in dessen Sphäre.

In Betreff des letzten Beschlusses der **Pariser Friedenskommission** wird aus Madrid berichtet, daß die dortigen Blätter den Montag als einen traurigen Tag bezeichnen, aber anerkennen, daß die Regierung so habe handeln müssen, wie sie es gethan hätte. Die republikanischen Zeitungen greifen die Regierung und die Amerikaner heftig an. — Der gestrige spanische Ministerrath beschloß, an Montero Rios Instruktionen gelangen zu lassen, damit er heute (Mittwoch) in der Friedenskonferenz über die Einzelheiten der in zweiter Linie in Betracht kommenden Punkte verhandle, da die Hauptfragen entschieden seien.

Gleichzeitig meldet das „Reutersche Bureau" aus Washington, falls Spanien es ablehne, den Vereinigten Staaten die Karolinen-Insel Kusaie als Kabelstation für einen angemessenen Preis zu verkaufen, werde man die Frage der Erwerbung dieser Insel, wenigstens für jetzt, fallen lassen. Die Vereinigten Staaten beabsichtigten nicht, alle Karolinen zu erwerben.

Paris, 29. November. Eine Note der hiesigen spanischen Botschaft erklärt, der am 1. Januar n. J. fällige Kupon der spanischen äußeren Schuld werde ohne Abzug, wie gewöhnlich, bezahlt werden.

New-York, 29. November. Nach einer Meldung der „Post" soll der neue kubanische Tarif erhöht auf die Vereinigten Staaten, wie auf alle übrigen Länder Anwendung finden.

Zu den Ausweisungen nach Oesterreich.

Im österreichischen Abgeordnetenhause beantwortete gestern der Ministerpräsident Graf Thun die Interpellation der Abgeordneten Jaworski und Engel wegen der Ausweisungen österreichischer Staatsangehöriger aus Preußen bezw. Deutschland. Der Telegraph hat über die Antwort wie folgt berichtet:

Graf Thun erklärte, es müsse wohl als unbestrittenes Recht eines jeden Staates anerkannt werden, fremde Elemente, deren Aufenthalt in seinem Gebiete im öffentlichen Interesse nicht erwünscht sein könne, auf seinem Territorium nicht zuzulassen, oder schon Niedergelassene wieder auszuweisen. Dieses Recht stelle sich als ein Ausfluß der staatlichen Souveränetät dar und habe auch in der österreichischen Gesetzgebung klaren Ausdruck gefunden. Allerdings dürfe dieses Recht nicht in der Weise gehandhabt werden, daß gewissermaßen ganze Kategorieen und Klassen der Bevölkerung eines fremden Staates als solche von der Niederlassung schlechtweg ausgeschlossen würden. Einen derartigen Charakter aber, daß sie etwa einer Verleugnung der völkerrechtlichen Grundsätze über die internationale Verkehrsfreiheit gleichkämen, und daß in weiterer Folge unter diesem Gesichtspunkte dagegen aufgetreten werden könnte, hätten nach den bisher gemachten Wahrnehmungen und angestellten Erhebungen die Ausweisungen österreichischer Staatsbürger aus Preußen bezw. Deutschland nicht, wenngleich zugegeben werden müsse, daß die preußischen Regierungsbehörden von ihrer Machtbefugniß, bedenkliche oder anstößige Elemente auszuweisen, in letzter Zeit einen thatsächlich umfangreicheren Gebrauch gemacht hätten, als dies in früheren Perioden der Fall gewesen sein möge. Wenn durch dieses Vorgehen in größerem Maßstabe gerade österreichische Staatsangehörige böhmischer und polnischer Nationalität getroffen wurden, so erkläre sich dies damit, daß in Folge der lokalen Nachbarschaft gerade die österreichischen Staatsangehörigen slavischer Zunge das Hauptkontingent jener österreichischen Staatsangehörigen ausmachten, die in den preußischen Grenzprovinzen auf Verdienst und Erwerb aufgehen, und welche am häufigsten von der Ausweisung betroffen werden, da sie meist in wirtschaftlich wenig gesicherter Stellung befänden. Weitaus der größte Theil der von der Ausweisung aus Preußen bisher betroffenen österreichischen Unterthanen gehöre der Klasse der landwirthschaftlichen Hülfsarbeiter an. Diese würden naturgemäß entbehrlich und demzufolge aus Arbeit und Verdienst entlassen. Sobald die landwirthschaftlichen Arbeiten ihren Jahresabschluß gefunden hätten. Gelinge es ihnen nicht, nach Entlassung aus diesen Arbeitsverhältnisse anderweitige Beschäftigung zu finden, was wohl immer mit großen Schwierigkeiten verbunden sei, da sie, abgesehen von der Konkurrenz im Angebote, in der Regel eine für ein Gewerbe oder eine Industrie geforderte Befähigung nicht besitzen, so träten sie in die Reihe der Arbeitslosen und verfielen als solche der polizeilichen Behandlung, wie dies analog auch für Inländer der Fall sei.

Wenn nun auch trotz der unleugbaren Schärfe, mit welcher das Ausweisungsverfahren in Preußen gehandhabt werde, eine flagrante Verletzung der völkerrechtlichen Grundsätze oder besonderer vertragsmäßiger Rechte nicht behauptet werden könne, so habe sich gleichwohl das Auswärtige Amt, insbesondere im Hinblick auf die empfindlichen Rückwirkungen, welche die preußischerseits befolgte Fremdenpolitik auf einzelne wirthschaftliche Existenzen auszuüben geeignet sei, bei der kaiserlich deutschen Regierung wiederholt und nachdrücklich bemüht, daß bei Ausweisungen österreichischer Staatsangehöriger von preußischer Seite mit thunlichster individueller Unterscheidung und Rücksichtnahme auf die jeweiligen persönlichen Verhältnisse der Ausgewiesenen vorgegangen werde; insbesondere aber in jenen einzelnen Fällen, in welchen um Vermittelung der österreichischen Vertretungsbehörden nachgesucht wurde, stets bleiben immer, und oft erfolgreich, darauf bedacht gewesen, alle jene Gesichtspunkte, welche im konkreten Fall irgendwie berücksichtigenswerth erscheinen konnten, der thunlichsten Würdigung seitens der preußischen Behörden zu empfehlen und dahin zu wirken, daß die in den Ausweisungsmaßregeln liegenden Härten möglichste Milderung erführen. Allerdings sei den österreichischen Vertretungsbehörden die Möglichkeit versagt gewesen, in jenen Fällen irgendwelche Schritte zu Gunsten der Ausgewiesenen zu unternehmen, in welchen die Letzteren sich dem Ausweisungserkenntniß fügten, ohne die Intervention der österreichischen Vertretungsbehörde in Anspruch genommen zu haben. Die bereitwilligen Zuschreibungen, welche dem diesseitigen Ministerium des Auswärtigen von dem Berliner Kabinet noch erst in jüngster Zeit zugekommen wären, ließen hoffen, daß das letzthin Verhaltene der preußischen Behörden, sofern es die Ausweisung österreichischer Unterthanen betreffe, mit jenen Rücksichten in Einklang gebracht werde, welche Oesterreich für seine Staatsangehörigen beanspruchen könne. Sollte sich jedoch diese Erwartung fortan nicht erfüllen, und sollte insbesondere in der Ausweisung österreichischer Unterthanen entweder eine Kränkung derselben im Genusse ihrer völkerrechtlichen oder vertragsmäßigen Ansprüche erkannt werden, oder sollte endlich den Ausweisungen nicht mehr der Charakter einer gegen einzelne Individuen wirksamen Polizeimaßnahme zukommen, so wolle das Haus in diesem Falle die bündige Versicherung von ihm, dem Grafen Thun, entgegennehmen, daß er, und zwar in dieser Hinsicht in vollem Einvernehmen mit der gemeinsamen Regierung, nicht zögern werde, die Rechte der österreichischen Unterthanen mit vollem Nachdrucke zu wahren, eventuell den Grundsätzen der Reziprozität entsprechende Maßregeln anzuwenden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ein Theil der deutschen Presse drückt sich heute befremden über diese Rede, besonders über den Schluß derselben aus.

* * *

Die vor der gestrigen Plenarsitzung versammelte Gruppe des französischen Senats beschloß, auf die Interpellation über die **Picquart**-Angelegenheit zu verzichten.

In der Plenarsitzung des Senats wurde über den Antrag Constans auf Beseitigung des Geheimverfahrens bei militairgerichtlichen Untersuchungen berathen:

Der Berichterstatter verlangte sofortige Abstimmung. Senator Marcère befürwortete einen Abänderungsantrag, wonach bei solchen militairgerichtlichen Prozessen, die die Sicherheit des Staates angehen, die Untersuchung geheim sein soll. Marcère sprach seine Genugthuung über das Verhalten Freycinets in der vorgestrigen Kammersitzung aus. Constans bekämpfte das Amendement Marcère und bat, sein Antrag enthalte keine Gefahr und brüsse in keiner Weise die laufenden Angelegenheiten. Das Amendement Marcère wurde darauf abgelehnt. Monis ersuchte Dupuy, seine gestrigen Erklärungen in der Kammer zu präzisiren und sich vor Allem über die dem Kassationshofe zustehenden Rechte genauer auszusprechen. Dupuy erwiderte, seine gestrigen Ausführungen schienen klar genug zu sein, aber er füge hinzu, die Befugnisse der Kriminalkammer des Kassationshofes seien unbegrenzt; alle Aktenstücke, die sie nöthig habe, würden ihr zugestellt werden. Der beste Weg, die Gemüther wieder zu beruhigen, sei, die schwebende Frage auf dem juristischen Boden zu belassen. (Beifall.) Die Sitzung wurde sodann ohne Zwischenfall geschlossen.

* * *

Das Verhör Picquarts vor dem Kassationshofe wurde gestern fortgesetzt. — Nachmittags demonstrirten 300 junge Leute vor der Ecole de médecine mit Hochrufen auf Picquart, bis die Polizei sie auseinanderrieb.

* * *

Laut einer Pariser Depesche von heute theilt der „Matin" mit, in juristischen Kreisen sei man der Ansicht, der Kassationshof werde sich nicht veranlaßt sehen, die Vertagung des Prozesses gegen Picquart herbeizuführen. Der Kassationshof werde den Anschein vermeiden, als ob er dem Kriegsgericht einen Streich spielen wolle; außerdem habe er durchaus keine Lust, die Geschäfte der Regierung zu besorgen und derselben aus der Verlegenheit zu helfen. Falls der Kassationshof die Akten, betreffend Picquart, verlange, werde er dieselben vor dem 12. Dezember dem Kriegsgericht zurückersenden.

* * *

In Marseille wurden der Herausgeber und der Redakteur eines Wochenblattes, welche einen Obersten angegriffen hatten, genöthigt, auf dem Kasernenhof vor versammelten Offizieren und Mannschaften Abbitte zu leisten.

* * *

Kurz erwähnt worden sind Aeußerungen, die Herr Dupuy einem Mitarbeiter des „Figaro" gegenüber gethan hat; es sei daraus noch Einiges nachgetragen:

„Wir leben seit 28 Jahren — so sagte Dupuy — in Zweideutigkeit. Wir haben ein Heer und eine Demokratie einander zur Seite gestellt. Es ist nun leider nur zu wahr, daß diese beiden Einrichtungen auf entgegengesetzten Prinzipien fußen. Wenn man das Heer schwächt, gefährdet man die nationale Unabhängigkeit; wenn man seine Ueberlieferungen und Rechte aufrechterhält, wird die bürgerliche Gesellschaft im Interesse der Freiheit darüber beunruhigt. Zwischen diesen beiden entgegengesetzten Sorgen wird der moderne Mann zu seiner Qual fortwährend hin- und hergeschleudert. Wir sind der Freiheit innig zugethan; aber wir müssen die Sicherheit des Vaterlandes verbürgen; das ist die heiligste der Pflichten. Die Bewegung um die sozialistischen Doktrinen gereicht der menschlichen Seele zur höchsten Ehre; sie legt Zeugniß von einem hochherzigen Wettrennen auf den Fortschritt und der Gerechtigkeit ab. Sicherlich bereitet sich eine Evolution vor. Sie wird sich gewiß abspielen, wenn Die, die nach ihr verlangen, sie nicht unmöglich machen und nicht eine Reaktion durch ihre unvorsichtigen Gewaltthätigkeiten hervorrufen. Trotz Allem habe ich Vertrauen zu der Lebenskraft des Landes; es wird über das gegenwärtige Unwetter triumphiren, wie es aller Krisen Herr geworden ist, die bereits über uns hereingebrochen sind. Einige Leute beschuldigen es der Gleichgültigkeit. Es ist aber nur der unfruchtbaren Spiele und der entkräftenden Nebelbilder der Politik überdrüssig. Sobald aber seine materiellen Interessen und seine hundertjährigen Institute bedroht werden sollten, wird seine Energie schon wieder erwachen. Es wird, darüber bezweifl sich Niemand einem Zweifel hinzugeben, zwischen Denen, die es verrathen, und Denen, die ihm dienen, zu unterscheiden wissen. Ich setze die größten Hoffnungen auf die geplanten Unterrichts- und Erziehungsreformen. Frankreich wird lernen, seine Kolonieen auszubauen und zu fruchtbarer Entwicklung zu bringen. Unsere Nachkommen werden sehr arbeitsam sein. Das Jahrhundert, das sich vor uns eröffnet, wird das Jahrhundert der Arbeit für alle Welt sein!"

* * *

Aus Le Mans wird berichtet:

Aus Anlaß des Rücktritts des Generals Mercier, der am 8. Dezember das Kommando des 4. Armeekorps abgiebt und zur Reserve übertritt, gaben ihm zu Ehren gestern Abend die Offiziere dieses Korps im Gebäude des Offizierkasinos ein Bankett. In Beantwortung eines auf ihn ausgebrachten Trinkspruchs dankte General Mercier für die ihm unter den gegenwärtigen Verhältnissen bewiesene Sympathie. Im weiteren Verlaufe seiner Rede flocht Mercier eine Anspielung auf die sogenannten Zettelkrieger von Konstantinopel ein, welche jetzt, wo wir sind und wollen die Türken die Stadt einnahmen. Die Geschichte, bemerkte der General hierzu, wiederhole sich häufig, und gegenwärtig gehe man auch vor den Thoren Frankreichs Türken von mancherlei Art und habe auch im theuren Vaterlande eine akute Krisis des intellektuellen Bypanthismus. Aber", fuhr Redner fort, „wir wollen nicht Männer der leeren Worte sein, wir sind und wollen bleiben Männer der That, und unsere Thätigkeit wollen wir dazu verwenden, um uns in der Lage zu halten, unsere Türken zu bekämpfen und zu schlagen, an welcher Grenze und unter welcher Form dieselben sich auch zeigen sollten. Hierin und nur hierin allein kann jenes große militairische Kompliment bestehen, von welchem man sprach, und wenn man in der nächsten Zukunft gezwungen sein wird, unsere Hülfe in Anspruch zu nehmen, so werden Diejenigen, welche uns heute beschimpfen, nur allein glücklich sein, wenn sie konstatiren, daß wir ihrem in so thörichter und verblendeter Weise unternommenen Werke uns widersetzt und dasselbe übrelebt haben." Mercier schloß mit einem Toast auf das 4. Armeekorps.

Auf **französische Marine-Angelegenheiten** bezog sich eine Interpellation in der gestrigen Kammersitzung: Auf eine Anfrage Ferreros über die in Toulon verbreiteten Gerüchte, daß sich ein Mangel an Geschossen für die Panzerschiffe herausgestellt habe, daß für die Verproviantirung schlecht vorgesorgt sei, und daß ein Vertheidigungsplan gestohlen worden sei, erklärte der Marineminister Lockroy, alle diese von der Lokalpresse veröffentlichten Nachrichten seien reine Erfindungen. Die Fahrzeuge seien mit allen erforderlichen Geschossen versehen, ein Vertheidigungsplan sei niemals gestohlen worden, die Verproviantirung befinde sich in gutem Zustande, die Patrioten könnten beruhigt sein. Die Angelegenheit war damit erledigt.

Aus Kreta hier eingetroffenen Meldungen schlug der Admiralitätsrath vor, daß die türkische Flagge zum Zeichen der Suzeränetät des Sultans nur in Suda neben den Flaggen der vier Großmächte gehißt bleiben solle. Der russische Admiral Skrydlow weigerte sich, die letzten Urtheile des Admiralitätsraths zu unterzeichnen, indem er erklärte, dies sei ein Vorrecht des Prinzen Georg, der ohendies bald eintreffe.

Die „Schweizerische Depeschenagentur" meldet: Die Nachricht des Londoner „Standard", nach welcher der Alt-Bundesrath Numa Droz in etwa 14 Tagen in der Eigenschaft eines Adjunkten des Prinzen Georg nach Kreta abgehen werde, ist unrichtig. Dagegen scheint so viel sicher zu sein, daß Unterhandlungen angeknüpft sind, um Numa Droz zur Uebernahme dieses Amtes zu bestimmen.

Laut Londoner Drahtberichten hat Lord Kitchener öffentlich zu einer Subskription aufgefordert, durch welche ein Fonds von 100 000 Lstr. zur Begründung eines „Gordon Memorial College" in **Khartum** beschafft werden soll. Die Königin von England hat sich bereit erklärt, das Protektorat zu übernehmen, der Prinz von Wales wird zweiter Protektor. Salisbury hat Lord Kitchener in einem äußerst warm gehaltenen Schreiben seiner Unterstützung versichert.

* * *

Wie eine „Reuter"-Depesche aus Kairo meldet, haben Major Marchand und Kapitain Baratier gestern Omdurman verlassen, um sich nach Faschoda zu begeben.

Es ist letzthin gemeldet worden, daß die **Vereinigten Staaten** eine **Kohlenstation** an der Chiriqui-Lagune in **Costa Rica** erworben haben; zu dieser Nachricht schreibt jetzt der „Standard":

„Bestätigt sich die Nachricht, so ist sie nicht ohne Bedeutung und steht vielleicht in engem Zusammenhange mit der Anwesenheit des Präsidenten von Costa Rica in Washington und dem Bericht der amerikanischen Kommission über die Rentabilität des Baues des Nicaraguakanals, welcher demnächst erstattet wird. Die Chiriqui-Lagune ist ein prächtiger natürlicher Hafen, der durch eine Reihe von Inseln, die an der Mündung liegen, gegen die See geschützt wird und im Stande ist, einer unbegrenzten Anzahl von Kriegsschiffen einen sicheren Ankerplatz zu gewähren. Die Lagune liegt westlich zwischen Greytown, wo wahrscheinlich der Nicaraguakanal seinen Anfang nehmen wird, und Colon, wo der Panamakanal beginnt. Die geographischen und strategischen Vortheile der Lagune sind längst bekannt. Der englische Marinekapitain Barnet rieth seiner Regierung schon 1839, einen Hafen an dieser Küste zu besetzen. Daß es nicht geschah, muß als großer Fehler bezeichnet werden. Die amerikanische Regierung erkennt die Wichtigkeit, eine beherrschende Stellung am karaibischen Meere und Kohlenstationen an der neuen Route nach dem fernen Osten zu besitzen. Ein Punkt verdient übrigens, nicht außer Acht gelassen zu werden. Jede Annexion an der Küste von Costa Rica, oder der Versuch, einen Küstenplatz in Mittelamerika zu besitzen oder auch nur zu kolonisiren, würde eine direkte Verletzung des Bulwer-Clayton-Vertrages von 1850 sein. Hoffentlich wird das brusche Auswärtige Amt dafür sorgen, daß die beiderseitigen Rechte, welche Großbritannien durch diesen Vertrag erworben hat, nicht ohne hinreichende Kompensation aufgegeben werden, sei es auf dem amerikanischen Kitsuau oder sonstwo. Bis jetzt haben die verschiedenen britischen Ministerien alle Versuche der Washingtoner Bundesregierung, eine Abänderung des Vertrages zu erlangen, abgewiesen. Wenn eine so werthvolle Konzession jetzt gemacht werden soll, so ist es jedenfalls interessant, zu erfahren, welche Gegenleistung die Vereinigten Staaten Großbritannien anbieten werden."

Das Minen- und Eisenbahnamt in Peking hat eine Reihe von Bestimmungen über die **Geschäftsführung** bei **Minen- und Eisenbahn-Unternehmen** in **China** erlassen. Wie dazu ein „Reuter"-Telegramm aus Peking besagt, sind von diesen Bestimmungen die Mandschurei, Shantung und Lungtschan, weil ihre internationalen Beziehungen betroffen würden, ausgenommen. In Zukunft sollen Eisenbahnkonzessionen, welche gleichzeitig Minenrechte einschließen, nicht mehr bewilligt werden. Inhabern von Minenkonzessionen ist der Bau von Eisenbahnen, ausgenommen solchen, welche lediglich Minenzwecken dienen, nicht gestattet. Jeder Inhaber einer Eisenbahn- oder Minen-Konzession hat für Schulen zu sorgen. An jedem Unternehmen muß chinesisches Kapital mit drei Fünfteln des ganzen Kapitals betheiligt sein. Für die Beziehung ausländischen Kapitals ist die Genehmigung des Minen- und Eisenbahnamts benöthigt. Die Kontrolle über die Unternehmungen soll, ohne Rücksicht auf fremdes Kapital, in chinesischen Händen bleiben. Eisenbahnen haben 40, Minen 25 pCt. des Gewinnes an die Regierung zu zahlen. Diese Bestimmungen dürften, wenn sie bei ihrer Veröffentlichung Widerstand von Seiten des Auslandes finden sollten, noch abgeändert werden.

Wie das vorgenannte Nachrichtenbureau weiter aus Peking meldet, ist der General der **Kangsi-Truppen** am Montag im kaiserlichen Palast in Audienz empfangen worden. Seine bevorstehende Abreise wird in einem Erlaß angekündigt.

Die „Times" meldet aus **Peking** vom 29. d. M.: Hier ist Alles ruhig. Die Kaiserin macht von ihrer Gewalt mit Mäßigung Gebrauch und hat ihr eine Stellung befestigt. Der russische Einfluß im Tsungli-Yamen erhält sich aufrecht. Li-Hung-Tschang reist morgen als kaiserlicher Kommissar ab, um über den Gelben Fluß Bericht zu erstatten.

Marquis Ito und China.

Erst jetzt werden durch ein Schreiben, das der Shanghaier Berichterstatter des „Reuterschen Bureaus" unterm 24. Oktober nach London gerichtet hat, nähere Einzelheiten über die Vorgänge während des Besuches des Marquis Ito in Peking bekannt. Wir entnehmen dem Schreiben, zur Ergänzung der früheren Berichte, Nachstehendes:

„Der Kaiser empfing den Marquis am 20. September. Am folgenden Tage führte die Kaiserin-Witwe ihren Gast durch ihr Gebiet. Zu der Zeit hieß es in Peking, die Kaiserin-Witwe wünsche nicht, daß der japanische Staatsmann Erfolg haben solle. Aber es ist niemals erwiesen worden, ob die beiden Ereignisse in ursächlichem Zusammenhange standen. Marquis Ito war einer seiner Mission von den Japanern Doka Jkuo begleitet. Dieser war bei der Audienz beim chinesischen Kaiser zugegen und hat eine genaue Schilderung derselben und des von Li Hung Tschang veranstalteten Festmahles gegeben. Der „North China Herald" veröffentlicht den folgenden Bericht: „Der Marquis v. Ito wurde auf einen Sitz auf der Estrade geführt, auf welcher der Kaiser saß. Nur der Sitz des Prinzen Tsching trennte den Marquis vom Kaiser. Vor japanische Geschäftsträger Hayashi, Doka Jkuo und Andere hatten Plätze, die etwas niedriger, aber doch nicht weiter als drei Schritte von der Estrade entfernt waren, so daß sie jedes gesprochene Wort verstehen konnten. Marquis Ito begann: „Ich schätze die mir von Ew. Majestät angethane Ehre hoch, mit dieser Audienz zu gewähren, obgleich ich nur als Privatmann reise. Darf ich mir gestatten, zu sagen, daß die großen Aenderungen, welche Ew. Majestät eingeführt haben und vom Alten zum Neuen im Interesse des Fortschritts und der Wohlfahrt des Reiches vorgehen, mein Herz mit Bewunderung erfüllen. Es haben einen bestimmenden Einfluß auf den Konservativismus orientalischer Verhältnisse, und es wird meinen kaiserlichen Herrn hohe Freude gewähren, von mir bei meiner Rückkehr davon zu erfahren. Möge Ew. Majestät lange erhalten bleiben, um diese edlen Ziele zu erreichen." Der Kaiser erwiderte: „Sie sind mir lange dem Rufe nach bekannt, Marquis, und ich kann Ihnen versichern, daß es mir große Befriedigung gewährt, diese Gelegenheit zu haben, Ihnen persönlich zu begegnen." Marquis Ito: „Ich danke Ew. Majestät herzlich für diese gnädigen Worte." Der Kaiser: „Wann fuhren Sie von Japan ab, Marquis?" Marquis Ito: „Etwa vor einem Monat. Zehn Tage weilte ich auf Korea." Der Kaiser: „Ich hoffe, daß Ihnen auf der Reise kein Unfall zugestoßen ist." Marquis Ito: „Dank Ew. Majestät gnädigem Schutze, war meine Reise eine auß ist glückliche." Der Kaiser: „Ich hoffe, daß Sie den Kaiser in guter Gesundheit verlassen haben." Marquis Ito: „Bei meiner Abschiedsaudienz befand er sich in trefflichem Wohlsein." Der Kaiser: „Die Verwaltung der Angelegenheiten Ihres Landes, Marquis, seit der Restauration hat die Bewunderung aller Nationen erregt, und ebenso wird der große Antheil, welchen Sie daran genommen haben, allgemein gewürdigt." Marquis Ito: „Ich verdiene nicht solch gnädigen Beifall. Ich war nichts weiter als die Trube der Pläne meines kaiserlichen Herrn und hatte sie nur den Pflichten meines Amtes gemäß auszuführen." Dann hatte der Kaiser eine im Flüsterton gehrochene Unterredung mit einem Hofbeamten. Darauf bub er an: „Ihr Land, Marquis, und unseres bilden einen Theil desselben Kontinents und stehen mit einander in den engsten Beziehungen der Freundschaft und Nachbarschaft. Meine Nation bedarf unter den jetzigen Verhältnissen Reformen, und ich möchte gern Ihre Ansichten über die Gesichtspunkte vernehmen. Ich hoffe, daß Sie meine Wünsche dadurch fördern werden, daß Sie dem Präsidenten des Tsungli-Yamen eine volle Darstellung Ihrer Gedanken über die zu leitende Art der Reformen geben." Marquis Ito: „Ich werde die Ehre haben, Ew. Majestät Anweisungen nachzukommen. Wenn die Minister Ew. Majestät Fragen an mich richten wollen, werde ich wagen, ihnen meine Ansichtungen, insoweit sie für Ew. Majestät Reich nützen können, zu unterbreiten." Der Kaiser: „Ich wünsche nichts so sehr, als daß die Einmüthigkeit der Gefühle und die Gemeinsamkeit der Bemühungen lange fortfahren mögen, den Verkehr zwischen beiden Ländern zu fördern und zu mehren." Marquis Ito: „Ich wage höchst ergebenst, Ew. Majestät gnädigen Wunsch auch zum meinigen zu machen und die Ueberzeugung auszusprechen, daß er sicherlich von den Völkern der beiden Reiche getheilt werden und seinen Widerschein in der täglich wachsenden Freundschaft in ihrem Verkehre finden wird." Der Kaiser: „Wie lange, Marquis, gedenken Sie in China zu weilen?" Marquis Ito: „Zwei Wochen noch meiner ursprünglichen Absicht, Ew. Majestät. Ich werde wahrscheinlich noch sieben oder acht Tage in Peking weilen." Der Kaiser: „Welche Route werden Sie auf der Rückreise einschlagen?" Marquis Ito: „Ich hoffe Shanghai zu besuchen und dann das Yangtse-Thal zu bereisen." Der Kaiser: „Ich wünsche Ihnen eine sichere und angenehme Fahrt." Marquis Ito: „Ich danke Ew. Majestät aufrichtig."

Li Hung Tschangs Festmahl fand vier Tage nach der Audienz statt. Die Unterhaltung drehte sich um die mittlerweile eingetretenen Ereignisse. Li Hung Tschang bemerkte: „Wahrscheinlich ist Korea zu Ehren nach Japan entsandt." Doka: „Ich hoffe ich, daß Sie ihn sofort verbotten lassen und nach China zurückschicken." Marquis Ito: „Das geht nicht. Wenn er ein Verbrechen nicht politischer Natur begangen hat, ist es möglich, Ihrem Wunsche nachzukommen. Wird er aber politische Vergehens beschuldigt, so verbietet uns das Völkerrecht, ihn Ihnen auszuliefern, wie Sie zweifellos wissen werden." Li: „Das ist schlimm." Doka: „Wenn bestehet das Vergehen Kangs, wenn ich fragen darf?" Li: „Nun, er hat sich rücksichtslos benommen und den öffentlichen Frieden gestört." Doka: „Wäre es da nicht besser, wenn Sie ihn belehrten und ermuthigten, um ihn zum Dienste des Vaterlands zu benutzen, statt ihn zu vertreiben und zu bezeugen? Die Geschichte des modernen China zeigt, daß alle fortschrittlichen Maßnahmen von Ew. Exzellenz geplant worden sind. Das Resultat ist klein gewesen, und weshalb? Weil es Ew. Exzellenz an Mithelfern gebrach." Li: „Das ist völlig wahr." Doka: „Da Kang sicherlich diese Bahnen einschlagen will, würde es da nicht gut sein, ihn zur Förderung Ihrer Pläne zu benutzen?" Li: „Es ist so, wie Sie sagen. Kang kann allmälig wieder angestellt werden, aber einstweilen ist es unmöglich."

Kleinere Nachrichten. Das österreichische Abgeordnetenhaus nahm gestern den **Handelsvertrag Oesterreichs** mit **Japan** an. Im Laufe der Debatte besprach der Handelsminister die Oesterreich durch den Vertrag erwachsenden Vortheile und betonte die Nothwendigkeit der Förderung der Handelsmarine, namentlich im Interesse des Exportes nach Ostasien. Dem fühlbaren Mangel an inländischen Exportfahrern müsse abgeholfen und ein im Auslande anwärtiger tüchtiger österreichischer Kaufmannsstand geschaffen werden. — Eine vom 25. November datirte königliche Verordnung des britischen Landwirthschaftsamtes enthält Bestimmungen über die **Pferde-Ausfuhr aus England.** Alte, schwache, kranke Pferde oder andere, deren Beförderung in einem Schiffe grausam erscheint, dürfen nicht ausgeführt werden. Ein Verzeichniß Paragraph bestimmt genau, wie die Pferde zu befördern sind. — Wie aus **Washington** berichtet wird, äußert sich der amerikanische General-Postmeister Smith in seinem Bericht über die Einführung eines allgemeinen **Penny Portos:** „Es läßt sich allerdings viel für den Plan anführen. Die Vereinigten Staaten aber stehen ihm anders gegenüber, als andere Länder, in welchen die Beförderung der Briefe zu Lande nur über eine kurze Strecke geht. In den Vereinigten Staaten ist die Strecke zu Lande vielfach länger, als die Dienstreise. Wenn man die Fläche in Rücksicht zieht, so ist unser Porto billiger, als das anderer Länder. Ueber den Plan Erwägungen anzustellen, ist einstweilen noch verfrüht." — Die San Francisco wurde dieser Tage das **neue Schlachtschiff** der Vereinigten Staaten „Wisconsin" vom Stapel gelassen. Es besitzt 11500 Tons Wasserverdrängung und ist ein Schwesterschiff der „Alabama" und der „Oregon", welche jetzt an der atlantischen Küste im Bau begriffen sind.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser konferirte gestern Nachmittag längere Zeit mit dem Botschafter Grafen v. Hatzfeldt und empfing den Oberst v. Kruckow Pascha.

Heute Vormittag hörte Se. Majestät den Vortrag des Chefs des Zivilkabinets, Wirkl. Geh. Raths Dr. v. Lucanus und in dessen Anwesenheit denjenigen des Landraths von Stubenrauch und des Bauraths Havestadt über den Großschifffahrtsweg zwischen Spree und Havel. Se. Majestät konferirte sodann mit dem Geh. Oberbaurath Spitta und empfing